




Der dbb hilft!

Unter dem Dach des **dbb beamtenbund und tarifunion** bieten kompetente Fachgewerkschaften mit insgesamt mehr als 1,2 Millionen Mitgliedern den Beschäftigten des Öffentlichen Diensts und seiner privatisierten Bereiche Unterstützung sowohl in tarifvertraglichen und beamtenrechtlichen Fragen, als auch im Falle von beruflichen Rechtsstreitigkeiten. Nur Nähe mit einer persönlichen und überzeugenden Ansprache jedes Mitglieds schafft auch das nötige Vertrauen in die Durchsetzungskraft einer Solidargemeinschaft.

Der **dbb beamtenbund und tarifunion** weiß um die Besonderheiten im Öffentlichen Dienst und seiner privatisierten Bereiche. Nähe zu den Mitgliedern ist die Stärke des dbb. Wir informieren schnell und vor Ort über www.dbb.de, www.tarifunion.dbb.de, über die Flugblätter **dbb aktuell** und unsere Magazine **dbb magazin** und **tacheles**.

Mitglied werden und Mitglied bleiben in Ihrer zuständigen Fachgewerkschaft von **dbb beamtenbund und tarifunion** – es lohnt sich!

	Beschäftigt als:	
	<input type="checkbox"/> Tarifbeschäftigte/r <input type="checkbox"/> Beamter/Beamtin <input type="checkbox"/> Rentner/in	<input type="checkbox"/> Azubi, Schüler/in <input type="checkbox"/> Anwärter/in <input type="checkbox"/> Versorgungsempfänger/in
<input type="checkbox"/> Ich möchte weitere Informationen über den dbb erhalten <input type="checkbox"/> Ich möchte mehr Informationen über die für mich zuständige Gewerkschaft erhalten <input type="checkbox"/> Bitte schicken Sie mir das Antragsformular zur Aufnahme in die für mich zuständige Gewerkschaft		
Datum / Unterschrift _____		
<small>Unter dem Dach des dbb bieten kompetente Fachgewerkschaften eine starke Interessenvertretung und qualifizierten Rechtsschutz. Wir vermitteln Ihnen gern die passende Gewerkschaftsadresse. dbb beamtenbund und tarifunion, Geschäftsbereich 3, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon: 030. 40 81 - 54 00, Fax: 030. 40 81 - 43 99 E-Mail: tarifunion@dbb.de, Internet: www.tarifunion.dbb.de </small>		

Kein Kompromiss auf Kosten der Beamten!



Nach drei Verhandlungsrunden ohne konkretes Angebot durch die Arbeitgeber von Bund und VKA (Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände) ist die Schlichtung leider alternativlos geworden. Bewegt haben sich bisher nur die Gewerkschaften – in Potsdam am Verhandlungstisch und bundesweit bei zahlreichen Aktionen zwischen Flensburg und München.

Unter den Demonstranten waren immer auch viele Beamtinnen und Beamte des Bundes. Immerhin mehr als 315.000 beamtete Kolleginnen und Kollegen sind in diesem Bereich tätig. Auch ihnen sind die Worte von Bundesinnenminister Thomas de Maizière bitter aufgestoßen. Nach der zweiten Runde hatte er behauptet, lediglich nach Potsdam gekommen zu sein, um die Preise zu senken, nicht aber, um ein Angebot zu machen.

Magerangebot nicht akzeptabel

Entsprechend groß war die Wut bei Zollbeamten, Bundespolizisten und den Mitarbeitern der Bundesbehörden. Spürbar war das vor allem auf der Berliner Kundgebung des dbb am 9. Februar 2010, wo Vertreter verschiedener Bundesbeamtengewerkschaften den Dienstherren klipp und klar vorrechneten, wie ihre Arbeit ständig wachse, bei ihrem Einkommen dagegen Stillstand herrsche. Während sich die Bundesregierung in immer neuen Debatten zu völlig unrealistischen Steuer-senkungen gefällt, ist scheinbar für Arbeitnehmer und Beamte kaum mehr als eine Nullrunde vorgesehen. Zum Thema Altersteilzeit ist Bund und Kommunen noch überhaupt nichts Konstruktives eingefallen. Dabei ist dieses Thema für die Kolleginnen und Kollegen nach dem Wegfall der gesetzlichen Regelungen von großer Bedeutung. Doch der Bund kann sich die Altersteilzeit momentan bestenfalls als Hebel zum Stellenabbau vorstellen. Das reicht natürlich nicht! Deshalb war klar, dass der dbb das Magerangebot von mickrigen 1,5 Prozent nicht akzeptieren konnte.

Alle bringen Leistung

Die nun laufende Schlichtung ist eine Hoffnung, ein Selbstläufer ist sie keineswegs. Bleiben Bund und Kommunen bei ihrem Verweigerungskurs, wird sich der Konflikt verschärfen. Der dbb setzt alles daran, in der Schlichtung und der nachfolgenden Verhandlungsrunde einen Kompromiss hinzubekommen. Der darf allerdings nicht auf Kosten der Beamten und Versorgungsempfänger gehen. dbb Bundesvorsitzender Peter Heesen: „Gerade wir als dbb gehen diese Verhandlungen ganzheitlich an. Für uns darf es kein Abkoppeln der Beamten von der Entwicklung im Öffentlichen Dienst geben. Einen Abschluss im Tarifbereich, dessen Zeche die Beamtinnen und Beamten zahlen, wird es mit uns nicht geben. Alle bringen Leistung und alle brauchen eine ordentliche Verbesserung ihres Einkommens. Dafür steht der dbb. Dafür kämpfen wir auch gemeinsam. Die letzten Wochen haben es bereits eindrucksvoll gezeigt. Wir sind gut aufgestellt.“



Herausgeber:
 dbb beamtenbund
 und tarifunion
 Friedrichstraße 169/170
 10117 Berlin
Verantwortlich:
 Peter Heesen
 dbb Bundesvorsitzender,
 Frank Stöhr
 1. Vorsitzender dbb
 tarifunion



fair handeln.

EINKOMMENSRUNDE 2010
www.dbb.de

Alle verdienen Gerechtigkeit

Es ist bewährte und gerechte Praxis, die Tarifiergebnisse im Öffentlichen Dienst zeit- und wirkungsgleich auf die Beamten und Versorgungsempfänger zu übertragen. Gemeinsam mit den Arbeitnehmern leisten sie täglich rund um die Uhr qualitativ hochwertige und herausragende Dienstleistungen für die Bevölkerung, tragen entscheidend dazu bei, das Gemeinwesen – auch in Krisenzeiten – funktions- und leistungsfähig zu halten. Benachteiligungen der Beamten gegenüber ihren tariflich beschäftigten Kolleginnen und Kollegen wären weder nachvollziehbar noch gerecht. Trotz aller berechtigten Unterschiede muss der flexible Gleichklang der Einkommens- und Beschäftigungsbedingungen der Statusgruppen im Öffentlichen Dienst beibehalten werden.

Die Beamten erwarten...

... eine lineare Anpassung der Dienstbezüge

Auch wenn die wirtschaftliche Situation noch nicht wieder zu grenzenlosem Optimismus anregt, steht sie einer Erhöhung der Besoldung und Versorgung keinesfalls entgegen. Die Bundesregierung geht von einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts von 1,2 Prozent, die Bundesbank von 1,6 Prozent plus im Jahr 2010 aus. Wirtschaftsverbände erwarten sogar ein Wachstum zwischen 1,8 und 2,3 Prozent. Gleichzeitig ist mit einem Anstieg der Verbraucherpreise zu rechnen. Gerade deshalb gilt es, die in den letzten Jahren erfolgten Einschnitte in die Besoldung und Versorgung nicht fortzusetzen, sondern auszugleichen. Neben den Nullrunden in den Jahren 2005 bis 2007 zählt dazu der Zugriff auf die Bezügebestandteile wie die Sonderzahlung sowie die über Jahre fehlende Dynamisierung und damit faktische Entwertung zahlreicher Vergütungen und Zulagen unter anderem für besondere Funktionen, Erschwernisse oder Mehrarbeit.

... eine Erhaltung der Altersteilzeitregelungen

Neben der Verwirklichung des rechtlich fixierten Anspruchs auf Teilhabe an der allgemeinen finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklung und zur Stärkung der Kaufkraft zur Unterstützung der dringend gebotenen Impulse für die Binnenkonjunktur gilt es auch die Regelungen zur Altersteilzeit in bestimmten Bereichen ohne Abstriche beizubehalten. Dies gilt insbesondere für Beamtinnen und Beamte mit schweren Behinderungen.

... die Bildung von Dienstleistungskonten aus verlängerter Arbeitszeit

Die über Jahre ohne jeglichen Ausgleich bestehende Gerechtigkeitslücke zwischen Beamten und Beschäftigten bei der Arbeitszeit muss geschlossen, die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit für die Beamten auf die der Tarifbeschäftigten zurückgeführt werden. In einem ersten Schritt soll die verlängerte Arbeitszeit für jeden Beamten einem Dienstleistungskonto gutgeschrieben werden, welches auf freiwilliger Basis in ein Langzeit-Dienstleistungskonto umgewandelt werden kann. Dieses Guthaben muss für jeden Beamten wahlweise für längere Beurlaubungen, Teilzeiten, längere oder intensivere Kinderbetreuungszeiten, die Pflege von Angehörigen, Fort- und Weiterbildung oder abschlagsfreien Eintritt in den Ruhestand einsetzbar sein. In einem zweiten Schritt muss die tatsächliche Arbeitszeit der Beamten wieder auf die der Tarifbeschäftigten zurückgeführt werden.

... Weichenstellungen für eine nachhaltige Personalentwicklung

Sofort müssen der pauschale Stellenabbau gestoppt und für die Beamten wieder Aufstiegschancen geschaffen werden. Die qualitativ und quantitativ gewachsenen Herausforderungen für den gesamten Staat können dauerhaft nicht von ständig weniger Personal erfüllt werden, dem zudem keine ausreichenden Entwicklungschancen geboten werden. Dem Ausbau von Beförderungsmöglichkeiten kommt eine zentrale Priorität zu. Die in den vergangenen Jahren immer weiter geöffnete Schere zwischen der Stellensituation und den tatsächlich wahrgenommenen Funktionen gilt es unverzüglich zu schließen. Auch die nachhaltige Verbesserung der Einkommenssituation der Anwärter und die Abgabe von Übernahmegarantien bei erfolgreicher Laufbahnprüfung sind unabdingbare Bestandteile zur Zukunftssicherung des Öffentlichen Dienstes.

